

Wochens. 22 Sgr.
6 Pf., m. Botenl.
25 Sgr. 6 Pf. —
D. Abonn. Preis
h. bei allen Post-
am. 11. des Jal.
25 Sgr.; d. Ausl.
1 Thlr. 1 Sgr. —
Inser. d. gepall.
Beitrag 2 Sgr.

m. Botenl. 2 Sgr.
monatlich 7 Sgr.
6 Pf., mit Botenl.
8 Sgr. 6 Pf.

Volk's-Beitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

N^o 162.

Berlin, Sonntag den 15. Juli.

1855

Sprechen und Schweigen.

Im deutschen Vaterlande giebt es verschiedene Vaterländchen, die sich auf verschiedenem Standpunkt der politischen Umkehr befinden. Unter diesen ist Gotha noch nicht befindlich; ist Hannover netto jetzt mitten in der Umkehr, und ist Kurhessen über alle Umkehr schon hinaus.

Da nun der Bischof von Mainz meint, daß wir in einer Entwicklung begriffen sind, „die das Verschwinden des deutschen Volkes vorbereitet“ — falls nicht Alles katholisch werden will —, so müssen wir uns beeilen, das, was wir auf dem Herzen haben, recht schnell vor dem Verschwinden zu sagen, und das ist für heute ungefähr Folgendes.

Im Kalender der Kreuzritter sieht Gotha sehr schwarz angestrichen, denn es besitz eine Regierung, die sich durchaus nicht ritterthümlich lenken lassen, ja, die eine beschworene Verfassung nicht brechen will. Daher hören wir denn von diesem deutschen Vaterländchen gar schreckliche Schilderungen, wie zum Beispiel, daß es dort noch Lehrer giebt, die mit Diesterweg's Ansichten übereinstimmen und welche Menschenbildung höher stellen, als Kirchengucht. Zwar hat es in Gotha einzelne Augenblicke gegeben, wo man die schönsten Hoffnungen hegen zu dürfen glaubte, denn es war vor einiger Zeit daselbst eine Art Konflikt der Regierung mit der Landesvertretung über die Einverleibung der fürstlichen Güter in das Staatsgut in Aussicht. Allein der vielversprechende Konflikt hat sich zum schwersten Leid der Ritter wirklich ausgeglichen. Die Volksvertretung hat nämlich nachgegeben und die Regierung hat sich für befriedigt erklärt. Es war also eine Einigung eingetreten, die zu einer seltenen Art von Einigkeit gehört hatte.

Es blieb demnach nur noch eine Hoffnung, nämlich eine Klage der Ritter an den Bundestag, und diese Klage erging auch, und zwar in Form einer heftigen Beschwerde, daß es die Regierung von Gotha eine solche sei, die eine beschworene Verfassung durchaus nicht auf dem Wege der Gewalt von sich abthue, und den Rittern nicht die vormärzlichen Rechte einräumen wolle. Der Verfasser dieser Beschwerde war der als Klotten-Auktionator unsterblich gewordene Fischer, der sicherlich einmal der deutschen Jugend als Ritter vom Auktionshammer sprichwörtlich werden wird. Diese Beschwerdeschrift war in solchem Tone gehämmert, daß die Regierung in Gotha eine Majestätsbeleidigung darin fand, und wie wir wissen, wurde auch der Auktionator dieserhalb verhaftet,

als er aus dem deutschen Vaterland Blükeburg kommend das deutsche Vaterland Gotha eintrat. —

Wie sich's von selbst versteht, wurde in der ritterthümlichen Kreuzzeitung auch sehr gegen diese Verhaftung geeifert, denn Fischer hat zu große Verdienste um Deutschland, als daß ihm ein Gerichtshof des verfassungstreuen Gotha bei dem das Maß der Sünden voll ist, etwas sollte anhaben dürfen. — Genug: In Gotha ist Volk und Regierung einig, es herrscht nicht die Spur eines Konfliktes daselbst, aber es ist ungerettet, und das ist schlimm. —

Besser steht es schon mit Hannover.

Daselbst bestand schon einmal eine Verfassung im Jahre 1833, die im Jahre 1837 sammt den gesetzl. Ständen des Staates beseitigt wurde. Zwar haben da die Stände beim Bundestag geklagt und die Aufrechthaltung der Verfassung gefordert; allein der Bundestag erkannte, er gegen eine Regierung, welche eine Verfassung umstülzen will, nichts einzuwenden habe. Wir finden nun das, was jetzt in Hannover spielt, durchaus nicht in Widerspruch mit der damaligen Geschichte und es kommt uns lächerlich vor, wenn eine schlechtgestimmte Zeitung, wie z. B. die Bethmann'sche Hollweg'sche politische Wochenschrift ganz außer sich darüber ist, und gar eine Inkonsequenz darin finden will, daß der Bundestag jetzt wiederum der Ansicht ist, daß die jetzige hannoversche Verfassung beseitigt werden müsse, wenn die hannoversche Regierung es wünscht. Wir finden nicht Inkonsequentes, sondern nur den wahren Fortschritt darin und zwar insofern, als im Jahre 1837 der Regent die damals bestandene Verfassung noch nicht beschworen hatte, was mit der jetzigen Verfassung wohl der Fall ist. — Zumal nun diese jetzige Verfassung aus dem Jahre 1848 stammt, und die Ritter sie nicht wollen und die Regierung sie nicht will, so finden wir es ganz natürlich, daß sie beseitigt werden muß, und haben nur bisher Eines sonderbar gefunden, daß nämlich die dortige Regierung die jetzt bestehende Volksvertretung einberufen hatte, und von ihr verlangte, daß sie sich gefälligst selbst das Todesurtheil sprechen möge.

Die Volksvertretung hat nun nicht so gefällig sein wollen. Sie hat vielmehr einen Ausschuss ernannt, der eine Petition an den Regenten gegen das Verfahren der Regierung entworfen hat. Diese Petition wäre aller Wahrscheinlichkeit mit großer Majorität angenommen worden, allein die Regierung schritt ein und hat, wie telegraphische Depesche mittheilt — die Stände zwar hat der Präsident der zweiten Kammer die unter feierlicher Verwahrung der beschworenen A

Zustimmung des Bürgerausschusses, in demselben Sinne beantwortet werden.

Aus Baden, 3. Oktbr. (Schw. M.) Der Gesekentwurf über die Ehrengerichte und Zweikämpfe der Offiziere ist aus dem Bestreben hervorgegangen, die preussischen Einrichtungen nachzuahmen. Wir wollen die Zweckmäßigkeit der Standeschrengerichte zugeben, soweit es sich um allgemeine Ehrenfragen und Verhütung des Duells handelt. Keinenfalls aber sollte man sie gesekmäßig eine Rolle spielen lassen bei dem Duell selbst (§. 17. des Entwurfs), sonst erkennt man das Duell gesekmäßig als ein erlaubtes Auskunstmittel an. Dies that der Entwurf in der That. Denn es hat der Ehrenrath (§. 10.) eine Sühne nur „in so weit zu versuchen, als dies nach den Standesverhältnissen zulässig ist“. Gleichwohl bestraft der Entwurf das Duell und kommt damit in einen Widerspruch, in welchen ein Gesek absolut nicht kommen darf. Der Offiziersstand mag immerhin seine besonderen Formen mit Strenge üben; aber ein anderes ist die Standesübung, ein anderes das Gesek. Die Kammern können sich mit solchen Dingen nicht beschäftigen oder, wenn sie ihnen unterbreitet werden, müssen sie den Zwiespalt erkennen und darnach handeln. Das höchste, was das Gesek thun kann, bestände darin, die Vorschriften über den Zweikampf für Offiziere zu mildern, das ist jedenfalls zulässiger als eine förmliche Standesgesekgebung, die dem Geist des Jahrhunderts fremd und auch durch die Allianz- und Bundesverträge, auf deren Schultern jetzt so viel geschoben wird, keineswegs geboten ist. Wir gestehen es, die oft wiederholte Rücksicht auf die eigenthümlichen Verhältnisse des Offiziersstandes nicht etwa in der Begründung, sondern im Wortlaut des ziemlich umfangreichen Entwurfs hat uns im Jahr 1867 sehr eigenthümlich berührt. Was würde man in England und Amerika dazu sagen?

O e s t e r r e i c h .

Wien, 8. Oktober.

Die „N. fr. Presse“ zeichnet die Situation in Oesterreich mit folgenden Worten:

„In Wahrheit steht die Frage jetzt einfach nur: ob Concordat, ob Verfassung. Das Ministerium muß seine Wahl treffen, und auch das Abgeordnetenhaus muß es. Diese Entscheidung steht vor allen anderen Dingen auf der Tagesordnung. Was nützte es, daß wir jetzt den Ausgleich mit Ungarn votiren, und was soll es frommen, daß wir uns etliche Verfassungsgesetze mühsam zusammenredigiren, so lange uns nicht klar geworden, ob auch fernerhin das Concordat das oberste, unantastbare, irrevocabile Staatsgrundgesek bleibt. Oesterreich schwebt in der Gefahr eines dreifachen Bankrotts: des finanziellen, des politischen und des geistigen. Diesen letzteren besiegelt unwiderruflich das Concordat und er ist der schlimmste, denn mit ihm giebt es keine Rettung weder vor dem politischen noch vor dem finanziellen Bankrott. Hier ist es, wo alle Elemente der staatlichen Existenz ineinander zusammenfließen, und darum ist es auch naturgemäß, daß von diesem Punkte aus der Versuch der Regeneration Oesterreichs unternommen wird. Die Bischöfe haben sich ein wahrhaftes Verdienst erworben, daß sie durch ihre Adresse wieder die Hauptfrage, welche durch allerlei Opportunitäts-Politik bei Seite geschoben war, in den Mittelpunkt gebracht haben, wohin sie gehört. Jetzt wird es aber auch hier geschehen müssen, wo das Ministerium Beust, und wenn wir uns in ihm nicht täuschen, eventuell zugleich das Abgeordnetenhaus die Haltbarkeit des constitutionellen Prinzips, das proklamirt wurde, erworben wird. Erst dann kann es der Mühe werth sein, daß das opferbelastete Werk der Neugestaltung Oesterreichs unternommen wird, oder wir werden eben inne werden, daß es nicht verlohnt hätte, einen Bau anzuführen, der auf sumpfigem Boden ruhen würde.“

— Der Bresl. Jtg. wird von hier telegraphirt: Unter ungehearem Zudrange des Publikums nahm der Gemeinderath einstimmig die Protest-Adresse an. — Das „Tageblatt“ meldet: Nach der Sitzung conferirte der Kultus-Minister Hye mit dem Vice-Bürgermeister und den Obmännern der Schulsection des Gemeinderathes und veriprach Concessionen in der Pädagogienfrage binnen acht Tagen.

F r a n k r e i c h .

Aus Paris, 7. Oktober, schreibt man uns: Wie die Oeffenlehre aus Savoyen, die Kastanienhändler aus den

Bergen der Auvergne, stellen zum Herbst die politischen Broschüren sich ein von Diplomaten oder Soldaten, die es werden wollen. Diesmal wird unter dem Titel „La Turquie et les complications européennes“ die Türkei der Kur unterworfen und das Programm Mustapha Fazyl Paschas als das Arianum für den frankten Mann gepriesen. Der genannte Pascha gilt bekanntlich als Führer der „jungen Türkei“ und ist so eben nach einer Verbannung von 18 Monaten wieder zu Gnaden in Konstantinopel aufgenommen worden. Man zieht hieraus den Schluß, daß der Sultan, durch seine Reise ins Ausland eines Besseren belehrt, sich beeilen werde, Mustapha Fazyl zum Großvezier zu ernennen und eine neue liberale Aera für das ottomanische Reich beginnen zu lassen. Ja wenn es nur auf die Gesetze und die Verordnungen ankäme! Am Bosphorus, wie in Rußland bewährt sich die alte Thatsache, daß Völker nicht durch von außen aufgesprockte Theorien umzuwandeln sind. Machtlos wird jede Norm des öffentlichen Rechts sein, wenn sie nicht organisch aus dem Selbstbewußtsein des Volkes sich entwickelt hat: die Botanik kommt erst nach den Blumen. Man weiß, wie treffliche Klase in St. Petersburg ausgearbeitet werden, aber der Himmel ist hoch und der Czar ist weit und gewaltiger Unterschied herrscht zwischen dem Erlaß des Gesetzes und der Ausführung, denn nirgends weniger als in Rußland „muß der Bienen.“ J. B. drei Vergehen sind nach dem russischen Gesekbuch aufs strengste zu ahnden: thätliche Injurien, Ehebruch und Bestechung der Beamten. Aber „wo kein Kläger, ist kein Richter“ gilt noch nicht einmal im Czarenlande: es kann ein Kläger vorhanden sein und er findet den Richter doch nicht, und selbst wenn er den Richter gefunden und ein rechtskräftiges Urtheil in Händen hat, ist unmöglich die Execution zu erreichen. Beweis dafür die vergeblichen Bemühungen des Hauses Rothschild, trotz aller ihm zu Gebote stehenden Protektion der höchsten Namen, auf Grund rechtskräftiger Urtheile die Execution gegen einen böswilligen in Berdyczew wohnenden Schuldner, der Besitzer mehrerer Grundstücke ist, durchzusetzen und die Schuld beträgt gegen eine Million. Nicht anders ist es in der Türkei: der beste Wille der Regierung scheitert an dem zähen Widerstande des Beamtenheeres und der fanatischen Geistlichkeit eben so sehr wie an der geistigen Trägheit und Erschlaffung des Volkes. Entgegen den sonnenklaren Lehren der Geschichte meint man aber noch immer, daß die Völker zu ewigem Leben berufen und nicht dem Gesetze des Werdens und Vergehens unterworfen seien, daß es nur guter Gesetze bedürfe, um seit Jahrhunderten verrotteten Zuständen wieder aufzuhelfen: nur die Mythologie, nicht die Geschichte, kennt die Sage von Aeson und Medea. Mustapha Fazyl wird vielleicht zehn neue Hat-Humayun zu Stande bringen, aber sie werden so wenig wie der von 1856 zur Wahrheit werden. — Der Tod Achille Foulds giebt zu folgendem Rückblicke auf die Verluste Anlaß, welche den Kaiser in seinen Freunden betroffen haben: Fould war der Finanzmann des zweiten Kaiserreichs, Morny der Staatsmann, Billault der Redner, Saint-Arnaud der Soldat, Ducos der Seemann, Sibour der Priester, Mocquart der Literat, Bacciochi der vertraute Diener, Reyer der Arzt, Mory der Dichter, Piétri der Verwaltungsmann, Beron der bourgeois und Geschichtsschreiber: ihre Stellen sind natürlich wieder besetzt worden, aber dem Kaiser ersetzt ist Keiner. Fould war noch einer der Wenigen, welche Louis Napoleon beim Ausbruch des Staatsreiches zur Seite standen. Von jener Zeit sind jetzt nur Persigny und Maupas übrig. Alle Anderen sind dahingegangen, und die Verfassung, welche sagt, daß der Kaiser allein verantwortlich sei, ist nun bald zur Wahrheit geworden.

— Der Seinepräsekt, Herr Haußmann, ist erst nach Biarritz gebeten worden, nachdem der Kaiser Kunde vom Tode Foulds erhalten hatte.

— In Kreisen, welche dem Palais Royal nahe stehen, spricht man viel von einem längeren Schreiben, welches der Prinz Napoleon an den Kaiser gerichtet, nachdem er nach Paris zurückgekehrt und hier den fiebernden Zustand der öffentlichen Meinung constatirt habe. In die-

sein Briefe rathe der Prinz seinem Vetter, den Ministern sein Vertrauen zu bewahren, welche im gegenwärtigen Cabinet für die Aufrechthaltung des Friedens einstehen (Kouher und Lavalette) und deren einschlägliche Ansichten hinlänglich bekannt seien. Abgesehen aber hiervon schiene es nöthig, durch eine Erklärung im „Moniteur“ oder durch einen Brief an einen der Minister oder durch die Eröffnungsrede zum gesetzgebenden Körper die friedliche Politik Frankreichs in einer klaren, unzweideutigen Sprache, allem Volke verständlich, kundzutun, indem er in absoluter Weise das Prinzip der Nichtintervention proclamire. Dies allein würde im Stande sein, dem aufgeregten Volke jene Ruhe und Thätigkeit wiederzugeben, welche für sein ferneres Prosperieren unumgänglich nothwendig wären. Diese Auseinandersetzung, deren einzelne Theile übrigens schon gerüchtsweise in verschiedenen Kreisen aufgetaucht waren, habe auf den Kaiser einen tiefen Eindruck gemacht und die Stellung Kouher's und Lavalette's, behauptet man, um Vieles befestigt.

Ueber die Befestigungsarbeiten in Straßburg schreibt ein Correspondenz der „Times“ einiges Nähere. Nach seinen Angaben werden die alten Erdwerke der Festung verstärkt und neue Verschanzungen weit über die frühere äußerste Linie der Außenwerke hinaus aufgeworfen, doch ist er gleichzeitig der Ansicht, daß diese Maßregeln auch ohne Kriegsanordnungen sich durch die Nothwendigkeit erklären, die Werke Straßburg's mit den Anforderungen der modernen Artillerie in Einklang zu bringen. Unter der Garnison kommen noch und nach die neuen Infanteriegewehre (Chassepot) zur Vertheilung und die Elite-Compagnien sind bereits alle dazwischen bewaffnet. In Müzig und Framont arbeitet man Tag und Nacht und 700 Gewehre werden jeden Tag fertig gemacht. Durch Hinzuziehung neuer Arbeiter hofft man die Zahl verdoppeln zu können. Die Angaben des „Bulletin International“ über die Stärke der Straßburger Garnison stellt er geradezu in Abrede: die Besatzung betrage nicht einmal die etatsmäßigen 6000 Mann und bessehe aus dem 33. und 84. Linien-Regimente und einem Bataillon Chasseurs, auch stehe das von dem Berichterstatter des „Bulletin“ nach Straßburg verlegte Hauptquartier des Otkorps gar nicht dort, sondern in Nancy.

Die „Independance“ bringt Berichte aus Biarritz, welche den der Kaiserin zugestohlenen Unfall bei einer Seefahrt ausführlicher schildern: Danach halte sich die Kaiserin, welche die Lustfahrten zu Wasser liebt, mit dem kaiserlichen Prinzen, einem Admiral (dessen Namen verschwiegen wird), zwei Eingeladenen, einem Bootsen und einigen Matrosen auf dem „Chamoir“ eingeschiff. Das Wetter war Anfangs schön, doch wurde das Meer um die Stunde der Rückfahrt sehr unruhig und die Landung bei St. Jean de Luc um so schwieriger, als die Nacht einbrach. Der Bootse soll dem Admiral ein Manöver angerathen haben, das Letzterer jedoch verworfen hätte, obgleich der Bootse die Küste besser kannte. Als man sah, daß man irregefahren, flog man in die Schaluppe, um zu landen. Da diese Gefahr lief auf ein Riff zu stoßen, sprang der Bootse ins Wasser, um das Fahrzeug von der Klippe abzustößen. Dabei gereth er zwischen die Klippe und das Boot und ward so gequetscht, daß ihm drei Rippen gebrochen wurden und er noch in derselben Nacht starb. Der Bootse war wegen seiner Geschicklichkeit allgemein geachtet. Trotz der großen Verwirrung und Bestürzung gelangte man, wenn auch nicht ohne Gefahr und Mühe ans Ufer. Die Kaiserin, welche die Gefahr für größer halten mochte, als sie war, soll gerufen haben, daß man sich anschießlich mit ihrem Sohne beschäftigen möge, da sie des Schwimmens kundig sei. Der Prinz seinerseits soll ins Wasser gesprungen sein, oder doch haben springen wollen. Genug es gelang ihnen, wenigleich ganz durchnäßt, das Ufer zu erreichen. Die Kaiserin, ohne sich die Zeit zu lassen ihre Kleider zu wechseln, setzte sich sofort in den Wagen, der am Ufer ihrer harrte. Inzwischen herrschte in der Villa Eugenia die größte Aufregung. Der Kaiser hatte längs der Küste große Feuer anzünden lassen, um die Fahrt des Bootes zu leiten.

Italien.

Man schreibt aus Florenz, den 5. Oktober, Näheres über den verunglückten Versuch Garibaldi's, von Caprera sich nach dem italienischen Festland zu begeben. Nicht allein war der Exploratore, nachdem er Garibaldi in Caprera ans Land geleitet, in der Nähe der Insel geblieben, sondern es hatten sich auch im Laufe des 1. Okt. noch drei andere Kriegsschiffe, Vulnara, Sefia und die

Fregatte Principe Umberto dem Exploratore beigefügt. Garibaldi mußte daraus schließen, daß er auf seiner Insel überwacht werde, und um die Gewissheit davon zu erlangen, begab er sich Mittwoch den 2. Okt. gegen 4 Uhr Nachmittags in ziemlich auffälliger Weise an den gewöhnlichen Einschiffungsplatz der Insel und von da an Bord des Dampfers Toscana. Die Sefia kam sofort herbei und hielt in unmittelbarer Nähe des Ufers das Boot an, auf dem sich Garibaldi an Bord des Postdampfers zu begeben im Begriff stand. Garibaldi ließ sich, ohne irgend einen Widerstand zu leisten, wieder auf die Insel zurückbringen. Er sprach nur wenig, sondern begnügte sich, nebst seinen Freunden, nach der Toscana hin zu grüßen, auf der sich ein Bevollmächtigter von ihm befand, der über das Vorgefallene den Journalen Bericht erstatten und ihnen eine in Voraussicht dessen, was auch eingetreten ist, abgefaßte Proclamation mittheilen sollte. Dieselbe lautet:

„Italiener! Morgen werden wir durch den Sturz des Heiligthums des Götzendienstes, des Betruges und der Stalieri zugesügten Schmach unserer schönen Revolution das Siegel aufgedrückt haben. Die Grundlage jeglicher Tyrannei, das Papstthum, trägt den Fluch der ganzen Welt, und alle Nationen wenden sich heute Italien, als einer Erlöserin, zu. Dem Wunsch einiger Freunde nachgebend, war ich heimgekehrt, — frei und ohne Bedingungen anzunehmen — mit dem Versprechen, daß man mir sofort einen Dampfer, der mich auf das Festland zurückbringen sollte, schicken würde. Wenn nur aber der Marx, dessen Name für Italien Ehrlosigkeit bedeutet, mich mit hässlicher Vorwitzigkeit behandelt, und mir die Rückkehr verweigert, so verlange ich nur noch von meinen Mitbürgern, daß sie auf der ihnen eröffneten heiligen Bahn mit der Ruhe und der Majestät einer Nation vorangehen, welche das Bewußtsein ihrer Macht in sich trägt. Zu der Armee und dem Volke sprach ich von Disciplin, damals als Volk und Armee entrückt über den zaghaften Knechtsinn dessen, der regiert, gegen Rom geführt zu werden verlangten. Zu den Soldaten sagte ich, sie möchten ihr Bajonnett für eine glorreichere Mission aufheben, der Gewehrkolben sei gut genug für die Soldlinge des Papstes. Trotz dem Geiste des Nebels, der jetzt auf unserem Lande lastet, giebt es eine für uns sehr tröstliche Thatsache: die stätig gebietende Verbrüderung der starken gewaltigen Elemente der Nation, nämlich der Armee, des Volkes und der Freiwilligen. Wehe dem, der den Aufseher der Zwietracht unter diese Brüder werfen sollte. Wenn Italien seine Söhne zu diesem Erlösungswerk dichtgescharrt sehen wird, dann werden sich die wenigsten Furchtsamen verbergen und die nichtigen Befürchtungen einer anwärtigen Intervention fallen lassen. Darum sage ich Euch nochmals: Ihr müht in jeder Weise in der Erlösung Roms fortzueilen. Solltet Ihr je meiner Mitwirkung bedürftig sein, so zähle ich darauf, daß Ihr daran denkt, mich zu befreien! G. Garibaldi.“

Florenz, den 7. Oktober. Die „Opinione“ dementirt das in mehreren italienischen Journalen verbreitete Gerücht, daß die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten gegen die Verhaftung Garibaldi's, als eines amerikanischen Bürgers, offiziell protestirt habe. Die betreffende Gesandtschaft habe nur auf den Wunsch einiger Freunde Garibaldi's einen offiziellen Schritt gethan, um eine Verbesserung der Behandlung, welche Garibaldi in Alessandria zu Theil werden könnte, zu erlangen. Jedoch habe die amerikanische Gesandtschaft auf die Nachricht hin, daß Garibaldi mit aller seiner Person gebührender Rücksicht behandelt worden und bereits auf der Fahrt nach Caprera begriffen sei, diesen Schritt nicht erneuert.

Der Florentiner „Tempo“-Correspondent schreibt unterm 4. Oktober: „Was sich am 30. September und 1. Oktober in der Provinz Viterbo zutrug, konnte an den Ernst des Aufstandsversuches glauben lassen. Im Süden sowohl wie im Norden dieser Provinz hatten sich im Ganzen acht bis zehn Dettschaften erhoben; man rief dort die Päpstlichen Adler herunter, nachdem einige Insurgentenbanden angekommen waren. Man bildete in den Dörfern provisorische Juntten, und die Insurgenten zeigten sich auf vielen anderen Punkten. Der Plan scheint darin bestanden zu haben, die ganze Provinz in Aufruhr zu versetzen, ehe man nach der Stadt Viterbo marschirte. Man schloß daraus, daß Rom, Grosinone und Velletri sich ebenfalls im Aufstande befänden, und am 1. und auch

kommen sollenden Erhebung Roms erhalten hatte, antwortete mit einem entschiedenen Nein.

— Garibaldi hat unterm 21. Oktober 1867 folgende Proklamation erlassen:

Befreiung Italiens oder Tod! Da bin ich wieder bei Euch, Ihr tapferen Kämpfer für Italiens Ehre, bei Euch, um meine Pflicht zu erfüllen, um Euch in dem heiligsten und ruhmreichsten Unternehmen Eurer Wiederverhebung zu helfen. Italien ist überzeugt, daß es nicht leben kann ohne seinen Kopf, ohne sein Herz, ohne Rom, das einige knechtische Menschen, welche das Recht und die Würde des Volkes verlegen, den Thron eines verächtlichen Tyrannen opfern wollen. Also vorwärts! und vor Allem: Ausbarren! Ich fordere von Euch weder Muth noch Tapferkeit, weil ich Euch kenne. Ich fordere von Euch Ausbarren. Die Amerikaner haben vierzehn Jahre zu dem ruhmreichen Kampfe gebraucht, der sie zum mächtigsten und freiesten Volke der Welt gemacht hat. Wenn wir vereint sind, so werden uns wenige Monate genügen, um Italien von der Schande zu befreien, die es bedeckt, möge es nun wollen oder nicht! die Tyrannet, die im Vatican thronet, und diejenigen, welche dieselbe aufrecht erhalten.

— Die „Italie“ begrüßt den Sturz Ratazzi's mit sichtbarer Zufriedenheit. Personenfragen, meint sie, verlieren in Zeitläuften, wie die dormaligen, alle Bedeutung; es gelte, die bleibenden Interessen des Landes im Auge zu behalten. Nun steht die Thatsache fest, daß die Ereignisse, die der letzte Monat brachte, die Frage, die auf der Nation seit sechs Jahren laste und früher oder später gelöst werden müsse, ganz bedeutend gefördert haben.

— Die „Turiner Blätter“ bringen die Erklärung von 18 Senatoren und Deputirten, welche von Turin am 19. Oktober datirt ist, worin die Unterzeichneten den Kampf in den römischen Provinzen guthießen und erklären: „Das Land weiß, daß die Zukunft des Vaterlandes und der Freiheit von diesen Kämpfen abhängt. . . Das Land ist ganz und gar trotz alledem entschlossen, seine Einheit zu erlangen und seine Unabhängigkeit auf festen Grund zu stellen.“ Auf den 18. oder 19. Oktober war, wie wir jetzt

Maßen auf 2 Jahre garantirt hatte.

— Die vöthliche Räumung des Kirchenstaates von Seiten der Insurgenten, die Niederlagen, welche sie durch die bisher verachteten Truppen des Papstes erlitten haben, die scheinbare Theilnahmlosigkeit Roms und der Umstand, daß Cialdini doch, ohne übergroßen Zeitverlust, im Stande war ein Cabinet zu bilden, sind Momente die geeignet sind die Engländer in ihren bisherigen Vorstellungen von der Lage der Dinge einigermaßen irre zu machen. Sie waren sehr überzeugt gewesen, daß die Zahl der in das Päpstliche Gebiet

Fortsetzung in der Zweiften Beilage.

Wolff's Telegraphische Depeschen.

München, 26. Oktober, Morgens. Gutem Vernehmen nach ist die Majorität der Kammer der Reichsräthe entschlossen, dem Zollvereins-Vertrag ihre Zustimmung zu ertheilen unter der Bedingung, daß das bisherige veto Bayerns auch im neuen Vertrage einen angemessenen Ausdruck finde.

München, 26. Oktober, Morgens. Aus zahlreichen Städten Bayerns sind Dankadressen an die Kammer der Abgeordneten für die Annahme des Zollvereins-Vertrages eingelaufen, und ebenso Adressen an die Kammer der Reichsräthe, worin letztere zur Ertheilung ihrer noch ausstehenden Zustimmung gemahnt wird.

München, 26. Oktober, Vormittags. In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe kam der Vertrag über die Fortdauer des Zollvereins zur Berathung. Freiherr v. Thüngen empfiehlt die Annahme des Antrages der Kommission auf Verwerfung des Vertrages. Graf v. Montgela's erklärt sich gleichfalls gegen, v. Harless für die Annahme des Vertrages. — Cramer-Glett spricht als Sachwalter des Fabrik- und Handelsstandes unter Vorlegung zahlreicher ihm Seitens verschiedener Corporationen zugegangener Telegramme für die Annahme des Vertrages. Bei Abgang der Depesche spricht Hr. zu Rhein.

8
kehrten. Der Kaiser Napoleon und die Kaiserin begaben sich alsdann direkt nach St. Cloud. — Der „Abendmoniteur“ meldet, daß der König Ludwig I. von Bayern in Straßburg eingetroffen ist und zu einem kurzen Aufenthalt nach Paris kommen wird, um sich von da nach Nizza zu begeben.

Paris, 26. Oktober, Morgens. Der „Moniteur“ meldet: Gegenüber den neuerdings von revolutionären Banden gemachten Versuchen, um in die Päpstlichen Staaten einzudringen, hat der Kaiser den Befehl zurückgenommen, durch welchen die Einschiffung der bei Toulon zusammengezogenen Truppen aufgeschoben worden war. — Das amtliche Blatt schreibt ferner: Alle Bemühungen der Garibaldianer, keine Bewegung in Rom selbst zu organisiren, sind vollständig gescheitert. Der Deputy Cairoli, welcher den Versuch gemacht hatte, mit einigen Parteigängern in Rom einzudringen, wurde getödtet, sein Bruder verwundet. Es ist jedoch richtig, daß Garibaldi mit ungefähr 4000 Freiwilligen in der Richtung von Monterotondo auf Rom vorrückt.

Paris, 26. Oktober, Mittags. Die „Agence Havas“ meldet aus Toulon von heute 6 Uhr Morgens: „Soeben geht das Panzergeschwader in See. Transportschiffe mit Truppen laufen fortwährend aus. Die Einschiffung von Kriegsmaterial wird eifrig betrieben.“

Florenz, 25. Oktober. (Ueber Paris.) Das Ministerium Cialdini hat sich noch nicht constituirt. Garibaldi befindet sich in Monterotondo.

Florenz, 25. Oktober, Abends 9 Uhr. Nach der Meldung mehrerer Journale hätte Garibaldi mit den Banden Menotti's die Orte Passo di Correse und Montemaggiore besetzt, und die vorderste Colonne der Insurgenten stände bei Monterotondo. Im Norden sei Bagnorea von den Insurgenten wieder genommen. In Rom sei der Belagerungsstand erklärt worden.

Florenz, 26. Oktober, Mittags. Die hier aus Terui eingetroffenen Nachrichten besagen, daß Garibaldi die

wid' abisfit.

Depeschen des telegraphischen Büreaus für Norddeutschland.

Bern, 25. Oktober, 1 Uhr 30 Min. Mittags. Die Wahl des neuen Gesandten für Berlin wird erst im Dezember nach dem Zusammentritt der Bundesversammlung stattfinden. — Die Waadtländer wählen als Nachfolger Fornerods im Bundesrath den Nationalrath Ruffy von Lausanne und im Falle seiner Nichtannahme den Ständerath Roquin von Yverdon.

Paris, 26. Oktober, 11 Uhr Morgens. Gestern Abend nach abgehaltenem Ministerrath ist der Befehl zur Einschiffung der Truppen nach Toulon gefaßt worden, damit sich dieselben nach Civita-Vecchia begeben. — Die Brigade Polhes ist eingeschifft und wird bereits diesen Abend an Rotondo in der Gegend von Rom marschiren, wo die Garibaldianer stehen. — Die fünf Transportschiffe: Orinoko, Kanada, Gomer, Labrador und Interpreter, so wie die beiden Panzerfregatten Valeureuse und Magnanime bilden die Expedition.

Paris, 26. Oktober, 1 Uhr. 10 Min. Nachm. Die in Toulon eingeschifften Truppen belaufen sich auf 15,000 Mann. Diese haben diesen Morgen den Hafen verlassen. Sie werden morgen früh in Civita-Vecchia eintreffen. — Die Truppen, welche den Admiral Gueydon auf der Panzerflotte begleiten, werden baldigt Toulon verlassen. Durch dieselben wird die Anzahl der Truppen auf 20,000 erhöht werden.

Acht Beilagen

Hierzu (für die hiesigen Leser) eine Extra-Beilage, betreffend die in 13. Aufl. erschienenen engl. u. franz. Unterrichtsbriefe nach der Methode Lousaint-Langenscheidt. — Beide Werke sind als die besten ihrer Art bekannt. — Auswärtige können Probebriefe a 5 Sgr. durch jede Buchhandlung beziehen.

Für Verlag und Druck: v. Müller in Bern.
(Lefling'sche Buchdruckerei.)

zweiten Lesung kommen und wird er dann wieder angenommen, so erfolgt die Auflösung des Hamburger Bürger-Militärs, ebenso wie die des Lübecker schon erfolgt ist. Diese Institute haben sich überlebt, dies steht jeder Betheiligte ein und verliert darum die Lust, die mit dem Dienste verbundenen Lasten noch länger zu tragen, zumal dieselben nicht ganz leicht sind. Bemerkenswert sei noch, daß die in unserer Zeitung erwähnte hamburgische Grub-Ordnung, welche selbstverständlich der neuen Garnison gegenüber nicht aufrecht zu halten wäre, in den früheren Zuständen ihren Grund hatte; nämlich, das Offiziercorps des Linienmilitärs, welches ursprünglich aus Ungeworbenen, Fremden und oft sehr zweideutigen Elementen bestand, mußte beim Begegnen in Ausübung des Dienstes den Offizier des Bürgermilitärs zuerst grüßen, weil dieser ein „Hamburger Bürger“ und außerdem unentgeltlich Dienender war, auch an der Spitze von lauter „Hamburger Bürgern“ stand, die ebenfalls unentgeltlich dienten.

In Aachen finden, wie schon gemeldet, Verhandlungen zwischen Vertretern der preussischen und belgischen Regierung über Theilung des sogenannten neutralen Gebietes statt, in dem die Establishments der Vieille montagne liegen. Bei Feststellung der belgischen Grenze im Jahre 1832 konnte man sich nicht über Abtrennung des fraglichen Gebietes einigen, da jede der beteiligten Regierungen gern die reichhaltigen Blende- und Zinkerz-Lager gehabt hätte. Die Erzlager bei Moresnet, wie der Hauptort heißt, sind sehr bedeutend und stehen seit Jahrhunderten im Betriebe. Es wird dort Galmei gebaut und in den Berken der Gesellschaft verhüttet. Das Nordlager hat circa 20 Millionen Centner Galmei geliefert und ist durch Tagbau ganz abgebaut, während das Südlager in seiner ganzen Erstreckung noch nicht bekannt ist. Ein weiteres und reichhaltiges Erzlager bildet der sogenannte Pappelsberg, nahe an der Eisenbahn zwischen Lonzen und Raboitraed gelegen und zu dem Alterberger Felde gehörend. Die Actionaire der Gesellschaft sind Belgier und die Leiter derselben befinden sich in Vättich.

Königsberg, 2. November. Die No. 150. der „Königsberger Neuen Zeitung“ vom 30. Juni wurde censurirt wegen stenographischer Mittheilung einer Rede, die Herr von Hoyerbed in einer Wähler-Versammlung gehalten hatte. Jetzt ist gegen Herrn von Hoyerbed sowohl, als gegen den Redacteur dieser Zeitung die Anklage wegen Beleidigung einer öffentlichen Behörde erhoben worden, und steht zur öffentlichen, mündlichen Verhandlung am 14. d. M. Termin an.

Kiel, 1. November. („Kiel. Ztg.“) Se. K. H. der Prinz-Admiral Adalbert ging heute Nachmittag mit der Bahn nach Hamburg; Ober-Präsident v. Scheel-Plessen und viele Offiziere der Marine begleiteten den Prinzen auf den Bahnhof.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 3. November, schreibt man uns: Durch ein gestern publicirtes „provisorisches Gesetz, betreffend das Militair-Servis- und Einquartierungswesen im Frieden“ vom 1. d. M. werden die bezüglichen preussischen Bestimmungen bei uns eingeführt. Der Eingang des Gesetzes beruft sich auf die Art. 58. und 61. der Verfassung des norddeutschen Bundes, zugleich aber auch auf die vorangegangene verfassungsmäßige Verhandlung mit den getreuen Ständen. Mit letzterer soll es sich indessen nur so verhalten, daß dem in Rostock domicilirten „Engeren Ausschuss“ der Ritter- und Landschaft die Vorlage zugefertigt und seine Zustimmung erfordert ist, diese aber verweigert worden ist, unter Berufung darauf, daß er nur in eiligen Sachen zur Ertheilung der Zustimmung competent sei, wegen Nähe des Landtags aber nicht sich berechtigt halte, der Beschlussfassung desselben vorzugreifen. Das Gesetz hebt alle bisherigen Exemtionen von der Einquartierungslast auf, mit Ausnahme derjenigen, welche die Großherzoglichen Schlösser und die zu öffentlichen Zwecken bestimmten Großherzoglichen, städtischen, communalen, kirchlichen u. Gebäude und die Diensthäuser der Geistlichen und Kirchendiener bisher genossen haben. Die den Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehenden älteren Vorschriften und Privilegien, namentlich die in Verträgen begründeten Privilegien der Ritter- und Landschaft und der Stadt Rostock, werden außer Kraft gesetzt. Der norddeutsche Bund hat damit wieder eine neue Bresche in die auf Verträgen beruhende Feudalver-

fassung gelegt. Wie lange wird es noch dauern, bis die Ruine gänzlich zusammenstürzt?

Aus Dresden, 2. November, schreibt man uns: Abweichend vom bisherigen Usus, mehrere Tage mit Anberaumung der ersten Sitzung zu warten, damit auch die Nachzügler herankommen können, hatte der Präsident Habernorn für die zum 1. November berufene Ständerversammlung heut bereits eine Sitzung anberaumt. Natürlich blieben deshalb noch sehr viele Stühle leer. In seiner Ansprache an die Kammer betonte der Präsident, daß nunmehr die Grenze für die Thätigkeit der Einzellandtage durch die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes eine viel enger gezogene sei, doch möge man mit um so größerer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit sich den Arbeiten hingeben, deren schleunige Erledigung er überdies der Kammer empfahl. Zu Verhandlungen wurde noch nicht geschritten, sondern es kamen nur die Regierungspropositionen zur Mittheilung. Leider vermischte man unter diesen das verheißene neue Wahlgesetz; und da das Budget pro 1867 bis 1869 unter den Eingängen sich befand, so scheint die Regierung auch keine Neigung zu haben, die dreijährige Finanzperiode in eine einjährige umzuwandeln, was im Lande so vielfach gehofft und gewünscht wurde. Das Budget balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 13,269,720 Thlrn. An Stelle der Ausgaben für den „deutschen Bund“ figuriren jetzt die Ausgaben für den „norddeutschen Bund“ mit 1,545,490 Thalern und zwar: Matritular-Beitrag 1,541,490 Thlr.; Kosten der Reichstagswahlen 1000 Thlr. und sonstige Ausgaben wie z. B. die Auslösungen und Reisekosten für die Mitglieder des Bundesraths 3000 Thlr.

— In der nächsten, für Montag den 4. November, anberaumten Sitzung wird sich die Kammer mit dem Entwurf einer Kirchenvorstands- und Synodalordnung beschäftigen. Der darüber erstattete Bericht der Zwischendeputation läßt eine sehr lebhaftes Debatte erwarten. Die Majorität der Deputation empfiehlt zwar die Annahme des Entwurfes, da sie ihn als eine Basis betrachtet, auf der später eine wirkliche Kirchenverfassung aufgebaut werden könne, weshalb sie gleichzeitig die Berufung einer Synode vorschlägt, aber trotzdem gehen selbst die Ansichten der Majorität bei einzelnen Punkten so durch- und untereinander, daß oft drei bis vier verschiedene Majoritätsanträge vorliegen. Die Minorität empfiehlt die Ablehnung des ganzen Entwurfes, da derselbe auf solchen hierarchischen und bürokratischen Grundsätzen beruhe, daß eine Verbesserung desselben durch Amendements faktisch unmöglich sei. Dafür fordert die Minorität die Vorlage eines Wahlgesetzes wegen Einberufung einer Synode. Da in der Zwischendeputation nur ein einziges Mitglied der Linken Aufnahme gefunden, das Minoritätsvotums auftritt, so ist an die Annahme desselben Seitens der Kammer gar nicht zu denken. Ueberhaupt kann man bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer Ständerversammlung von vornherein schon immer überzeugt sein, daß jetzt mehr, wie früher, jede liberale Anforderung Schiffbruch leidet, da man liberal und preußenfreundlich für identisch hält und diese beiden Eigenschaften zu den Todsünden jedes guten Sachsen gezählt werden. Eine Verstärkung der Linken nach dem gegenwärtigen Wahlgesetz ist ein Ding der Unmöglichkeit und wenn die liberale Partei nicht die größten Anstrengungen macht, um überall im Lande einen Sturm gegen das ganz überlebte Ständeprinzip zu organisiren und hervorzurufen, dann werden wir unsere zum Selbstmord wenig geneigten Kammern wohl für alle Ewigkeit behalten müssen.

O e s t e r r e i c h .

Wien, 3. November.

Die „Presse“ sagt, daß einerseits der Versuch, eine Gruppierung der abendländischen Staaten herbeizuführen, andererseits die Besprechung der italienischen Frage, den Staatskanzler v. Beust zur Reise nach London veranlaßten. Bezüglich der interconfectionellen Frage theilt demselben Blatte ein Gewährsmann, den es für vorzüglich gut unterrichtet zu halten alle Ursache hat, über

Die Intentionen des Cabinets in Betreff der Concordatsfrage Folgendes mit:

Die Regierung begreift vollkommen, daß das Concordat in dem Augenblicke unhaltbar wurde, als die Idee der absolutistischen Centralisation, welcher es sein Dasein dankt, scheiterte; allein sie hält es nicht nur nicht für überflüssig, sondern für unabweislich, daß die der katholischen Kirche zustehenden Rechte präzisirt und genau festgestellt werden. Sie will nicht, daß zwischen dem Staate und der Kirche irgend ein streitiges Terrain übrig bleibe und wünscht daher eine genaue Abgrenzung beider Gebiete. Im Allgemeinen schließt sie sich dem Grundsatz an, daß Kirche und Staat so sehr als möglich von einander getrennt werden sollen, damit kein Theil dem anderen ungerechtfertigten Zwang anzuthun vermöge. Die Regierung glaubt, daß den gläubigen Anhängern der Kirche nicht verwehrt werden könne, das Sacrament der Ehe nach den canonischen Satzungen zu empfangen; allein sie verkennt das Bedürfnis nicht in Fällen, wo die religiösen Uebersetzungen mit den canonischen Bestimmungen in Conflict gerathen, durch angemessene bürgerliche Gesetze geeignete Abhilfe zu bieten, und ist daher geneigt, das Prinzip der facultativen Civilehe zu adoptiren. Was das öffentliche Unterrichtswesen betrifft, so will sie einen Unterschied zeben zwischen eigentlich confessionellen Schulen und Staatschulen. Es versteht sich von selbst, daß in letzteren die Einführung des Aleris über den Religions-Unterricht hinaus aufhören müßte; gleichwohl sei darauf Bedacht zu nehmen, daß die Volksschule nicht entchristlicht werde. Den Kommunen soll bezüglich der Einrichtung und Leitung der Staatschulen wesentlicher Einfluß zugestanden werden. Von der Idee des sogenannten katholischen Staates müsse abgegangen werden, weil dieselbe gänzlich unhaltbar geworden sei im Lichte der modernen Zeit. Das Zwangssystem, welches Italien gegenüber der Kirche anwende, verdiene keine Nachahmung, denn es habe dem jungen Staate bis jetzt nur herbe Früchte getragen. Bei weitem vorzüglicher erscheine es, nach der Emancipation der Staates von der Kirche, der Kirche vom Staate zu streben.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat das Statut zur Errichtung eines Pädagogiums auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderaths genehmigt.

Die Regierung steht im Begriff, mit Rumänien eine Postconvention und einen Vertrag abzuschließen, welcher die österreichischen Consulate bei Ausübung der Jurisdiction über österreichische Unterthanen vollständig beschränkt.

Sicherem Vernehmen nach hat das griechische Königspaar wegen der erst später erfolgenden Rückkehr des Kaisers nach Wien sein Eintreffen dahier bis zum 10. d. M. verschoben.

Pesth, 2. November. Das Unterhaus beschäftigte sich heute mit dem Vorgehen der Regierung, gegenüber den renitenten Municipien; die Diskussion über das Verfahren gegen Bösörmeri wurde deshalb vertagt. Der Heuweb-Generel Perczel bekämpft in seiner Rede die revolutionäre Politik Kossuth's.

F r a n z o s e n .

Paris, 2. November. (K. Z.) Die „patriotischen Beklemmungen“, an denen die französisch-gouvernementale Welt seit dem Einmarsche der italienischen Truppen ins Päpstliche Gebiet leidet, wollen sich noch nicht legen. Der Kaiser selbst ist ernst, düster und abgeschlossen. Er hat gestern Niemanden empfangen, keinen seiner Minister auch nur sehen mögen. Er blieb allein in St. Cloud, nachdenklich über Entschuldigungen brütend, die zu fassen ihm unendlich schwer zu werden scheinen. Marquis de Montier präsentirte sich zweimal im Schlosse und wurde zweimal nicht vorgelassen. So vergingen Allerheiligen. Heute ist seit 9 Uhr Morgens großer Ministerrath. Da sollen endlich definitive Entscheidungen getroffen werden. Das Menabrea'sche Rundschreiben hat, so viel konnte festgestellt werden, seiner anscheinend versöhnlichen Form wegen hier nur einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgerufen und in der Stimmung, in der man sich einmal befindet, ist man geneigt, Sohn und Berachtung aus jeder offiziellen Rundgebung herauszulesen, die von der Halbinsel nach Paris gelangt. Deshalb befriedigte auch die heute Morgen vom Ritter Niagara gegebene ausdrückliche Erklärung, daß die Regierung Victor Emanuel's das in Proskone stattgebakte Plebiscit weder billige noch anerkenne, nur sehr wenig. Mittlerweile ist die Kriegspartei sehr thätig und setzt namentlich die

untere Schicht der officiellen Welt lebhaft in Bewegung, um auf den Kaiser in kriegerischem Sinne einzuwirken. Die Truppentransporte von Lyon nach Toulon und von anderen Punkten nach Lyon werden mit größtem Eifer betrieben. In allen Kriegswerkstätten herrscht fieberhafteste Thätigkeit. Kurz, am Kriegs- und Marine-Minister liegt es nicht, wenn sich Frankreich noch nicht in offener Campagne befindet. Marschall Niel zeigt sich sogar übermüthig und spricht es offen aus, daß „nach seinem Dafürhalten der Krieg noch unendlich populärer sein würde, wenn er zugleich am Rheine und jenseit der Alpen geführt werde!“ So weit ist man freilich noch nicht. Dennoch gewinnt die Meinung immer mehr Verbreitung, daß hierin gar nicht mehr der Schwerpunkt der Situation liege; daß vielmehr eine Verständigung zwischen Napoleon III. und Victor Emanuel direct, über die Köpfe der französischen Minister hinweg, bestehe, welche allein dem Könige den Muth gegeben habe, so vorzugehen, wie er es gethan. Eine sorgfältige Prüfung der neuesten Vorgänge führt auch zu der Ansicht, daß die Cabinette von Paris und Florenz sich in der Sache verständigt haben. Wahrscheinlich wird eine Demarcationslinie die Regionen für die französischen und italienischen Truppen begrenzen, um einen Conflict zwischen beiden Heeren zu vermeiden. Garibaldi scheint die Positionen, welche er besetzt hat, so lange behaupten zu wollen, bis er von den italienischen Truppen abgelöst werden kann. Hätte Frankreich den Einmarsch der Italiener als eine Kriegserklärung im Voraus angekündigt, das Florentiner Cabinet würde sich gehütet haben, die Existenz des Staates auf die Spitze des Schwertes zu stellen. Es ist das allerdings nur eine Muthmaßung, aber sie ist aus der Situation hervorgegangen. Die neutralen Mächte werden die Entwicklung weiter abwarten müssen, bevor sie ihre Stellung zu einer Politik nehmen, welche in ihren Zielen noch nicht klar vorliegt. Haben sich die Herren in Paris und Florenz verständigt, so ist das eine den Frieden begünstigende politische Richtung, denn keine andere Macht hat ein Interesse, durch eine Einmischung in die römische Frage den Frieden zu stören. Unter diesen Umständen ist auch das Congreß-Projekt von sehr problematischer Natur geworden, abgesehen davon, daß es nicht im Interesse der italienischen Regierung liegt, diese Idee zu begünstigen. Ohne Italien könnte ein Congreß nicht zu einem Resultate kommen.

Man liest in der „Opinion Nationale“: Die ganze Gefahr der Situation liegt darin, daß die französische Regierung zwischen zwei vollständig klaren und verständlichen Politiken durchaus eine dritte finden will, die gar nicht existirt. Es giebt eine vollständig vernünftige Politik, welche die Italiens ist, und welche die Frankreichs sein sollte: dies wäre, die weltliche Macht fallen zu lassen, welche nur noch ein des Sinnes entbehrendes Wort ist, sofern sie nicht das Symbol und die Fahne der Reaction. Es giebt eine andere, welche die der schwarzen Partei ist, und welche darin besteht, die Waffen des Frankreichs von 89 zur Verfügung des verabscheuungswürdigsten Ausdrucks des alten Regimes zu stellen, die Unpopularität eines Krieges gegen Italien in der Popularität vergessen zu machen (noyer), die man von einem Kriege gegen Preußen erwartet; im Falle des Erfolges im Innern einen Staatsstreich gegen die Tribüne und die Presse hervorzurufen, die Erziehung der Jugend ausschließlich in die Hände des Clerus zu geben, und das alte Regierungssystem wieder herzustellen. Zwischen diesen beiden Politiken will, wie wir gesagt haben, die Regierung durchaus eine dritte finden. Sie wird sie nicht finden.

In der neuesten Nummer der Wochenausgabe der „Allg. Ztg.“ zeichnet Moritz Hartmann in folgender Weise die Lage:

„Kaum einem höchst mißlungenen, blutigen Abenteuer entronnen, stürzt sich der einst so gepriesene Casparfömmeling in ein neues, das die ganze Welt verdammt, dessen Tragweite unberechenbar, das Victor Emanuel wie ihn selbst die Krone, ihn jedenfalls einen Bundesgenossen kosten kann! Warum? Der Byzantinismus hat sich naturgemäß entwickelt. Weiber, Höflinge, Generäle, Priester greifen in die Regierung ein, aus der jeder Geist des Systems oder Prinzips entwichen ist; eine logische Politik kann sich da nur in der Intrigue entfalten; ein Plan kann da nur den flüchtigen Augenblick beherrschen. Sämmtlichen Ministerriihen, die sich auf Italien und Paßt-

ihm beziehen, wehnt die Kaiserin bei, um Gatten und Rätbe zu überwachen. Der Mann, dem die Welt von jeder weit gehende Zukunftspläne vertraute, und den sie als Draht betrachtete, weiß nicht, was er morgen thut, was seine Flotte und Armee in der nächsten Stunde unternehmen werden. Der Telegraph schleudert Befehle und Gegenbefehle, und das Resultat ist Unordnung, Schwanken und Zittern in Europa, ungeheure volkswirtschaftliche Verluste in der ganzen Welt — notwendige Folgen des persönlichen Regiments, der zeitlichen That eines Einzelnen. Mittlerweile benimmt sich der König Ehrenmann auf's Unwürdigste; heute proclamirt er eine nationale Politik, morgen, sobald Louis Napoleon kröhnt, widerruft er und bekennet sich als dessen unterthänigsten Knecht; heute läßt er seine Soldaten als Freiwillige zu Garibaldi's Schaar zu stoßen, morgen ernennet er den ultramontanen Menabrea zum Ministerpräsidenten; und im Hintergrunde steht immer das Kauffuchsmännlein Rotazzi, das bald Italiener, bald Franzose ist. In dieser ganzen schwankenden, Charakterlosen, von Weibern, Soldaten, Höflingen, Beichtvätern geleiteten und gegängelten Welt steht ein einziger Mann, der da weiß, was er will, der unbeirrt, unentwegt auf sein Ziel losgeht, der „seine Schuldigkeit“ thut und ruhig die Höhe eines großen Lebens einseht; der nichts für sich, Alles für seine Ideale unternimmt, unbeflümmelt darum, daß sein Weg über Nege und Fallthüren führt, daß ihn Lug und Trug umgeben, daß der Verrath ihm vorauseilt, die Treulosigkeit ihm folgt — er, „der tröstliche Mensch“ des Jahrhunderts, das Widerspiel Louis Napoleons und seiner Schüler, Garibaldi, der *vir justus ac tenax propositi*. In wenigen Tagen vielleicht liegt er ausgestreckt auf römischer Erde, größer als irgend ein alter Römer, oder wird er mit seinem Häuflein Begeisteter zwischen den Massen des tiefgefallenen Frankreich, den Söldlingen des Papstes und den Treuen des excommunicirten Ehrenmanns erdrückt — aber todt oder geschlagen, sein Schatten wird immer die Massen seiner Feinde glänzend und groß überragen, und sein Tod wie seine Niederlage verwandeln sich in Verheißungen einer besseren Zukunft. Weder Louis Napoleon noch Victor Emanuel werden Ursache haben, sich ihres Sieges zu freuen. Die Niederlage der Garibaldi'schen Revolution kann leicht in die Revolution großer und weiter Länder umschlagen. Die Pariser Vorkämpfer, die dieses fürchten, sind weiter gehende Politiker als ihr Chef.

Die Rüstungen werden jetzt mit noch größerem Eifer nicht allein in den Arsenalen und Waffenfabriken, sondern auch an den Grenzen, wo Alles hergerichtet wird, um die Festungen sofort armiren zu können, betrieben.

Man glaubt hier mit Gewißheit auf Desferre'sche Mitwirkung zählen zu dürfen, sobald der Krieg nicht auf Italien beschränkt bleibt.

Als Nachfolger Rouher's im Finanzministerium nennt man heute Hr. Magne, da Hr. Fremy wenig Lust bezeigt, das Portefeuille anzunehmen. Hr. v. Cavaletti wird sich erst zurückziehen, wenn der Krieg zwischen Frankreich und Italien unvermeidlich geworden ist.

Italien.

Die Antwort Moustier's auf das Menabrea'sche Rundschreiben — „die letzte Etappe vor einer offenen Kriegserklärung“ scheint sie der *Rom. Allg. Ztg.*, eine energische Constataion unsicher zu befähigenden offiziellen Mißfallens der „N. Pr. Ztg.“ — ist das Ereigniß in dem Chaos der Depeschen, mit welchen der jugend-frische Concurrer-eifer der beiden telegraphischen Bureau's und überschüttet. „Lebhaft und aufrichtig ist das Bedauern der französischen Regierung ob des „dem Völkerverrecht so wenig entsprechenden Aktes“, den sie „nicht ohne schmerzliche Ueberraschung“ in Erfahrung gebracht und dem sie in keinerlei Weise ihre auch nur stillschweigende Zustimmung geben kann. Und die officiöse „France“ erklärt die Moustier'sche Note für das letzte Wort der Langmuth; nur ein Mittel habe Italien, die Verletzung des Völkerverrechts wenigstens einigermaßen wieder gutzumachen: daß es selbst mit seinen Truppen die garibaldi'schen Bänder bekämpfe und nach deren Befiegung das päpstliche Gebiet räume. Ganz so schlimm wird's wohl nicht gemeint sein (vgl. Paris). Inzwischen hat die italienische Regierung in einem Punkte scheinbar nachgegeben. In mehreren Städten des Kirchenstaates war sofort nach dem Abzuge der päpstlichen Truppen durch Plebisit der Anschluß an das Königreich Italien proclamirt worden, und Menabrea hat sich bereit zu erklären, daß die italienische Regierung diese Volksabstim-

mung nicht anerkenne. Wovon der „Abend-Moniteur“ sofort mit sichtlichlicher Befriedigung erleichterten Herzen is Notiz genommen.

Garibaldi hatte sich, nach Einnahme der guten Positionen in und um Monte Rotondo, aufgemacht, um sich mit der Schaar, die Nicotera ihm vom Süden her zuführte, zu vereinigen. Zu diesem Zwecke war er am 27. Oktober nach Macigliano, eine Station näher nach Rom zu gegangen, kehrte aber alsbald nach seinem Rundberge zurück, weil seiner ein Vertrauter des neuen Florentiner Kabinetts hartte. Seitdem hat Garibaldi gerastet, aber freilich gerast zu haben scheint er nicht. Denn seitdem hat in den von päpstlichen Truppen besetzten größeren Ortshäfen des Erblandes Petri die Volkshebung sich organisiert. Profrone ergriff die Initiative, indem sich hier eine provisorische Regierung bildete, welche sofort die politischen Gefangenen — es waren in der letzten Zeit vorwärts halber alle der Vaterlandstiehe verdächtigen Bürger eingestect worden — befreite und eine Deputation abschickte, um das Einrückten italienischer Truppen zu verlangen. Als hierauf dann dieses Einrückten erfolgte, schritt man zum Plebisit, genau wie nach den früheren Annektirungen die umbrischen und romagnolischen Gemeinden vorgingen. Der Einmarsch der Italiener wird als das Unterpand betrachtet, das für die römischen Bevölkerungen Garibaldi erhielt, daß Victor Emanuel sie nicht mehr den päpstlichen Truppen und Häshern Preis geben werde. Es ist jedenfalls ein Fortschritt in der Krisis, wofern man (wie kaum zu bezweifeln) eine friedliche Lösung will und es nicht vorzieht, das Erbgut Petri mit Strömen Blutes zu bedecken. Ein weiterer Fortschritt zum Besseren ist der Compromiß Cialdini's mit Menabrea: der Mann von Castelfidardo hat aus den Händen des neuen Kabinetts die Ober-Befehlshaberstelle über das Occupationscorps angenommen, es ist daher auf scharfe Ordnung wie auf strenge Wahrung der Nationallehre zu rechnen.

Die „Riforma“ vom 30. Oktober meldet: „Der General Garibaldi hatte vorgestern sein Hauptquartier zu Casino di S. Colombo, und seine Vorposten standen 2 1/2 Meile von Rom. Seine Truppe ist in 22 Bataillone organisiert, welche von erfahrenen Offizieren befehligt werden. Nicotera wurde gestern im Lager von Garibaldi erwartet; er bringt eine bedeutende Verstärkung. In dem Gefechte von Monte-Rotondo fielen fünf verwundete Garibaldi'sche, welche in der Eisenbahn-Station untergebracht waren, in die Hände von päpstlichen Juvaren und wurden von diesen erstochen. Drei Geistliche, welche bei dem Angriffe auf die Stadt aus den Fenstern auf die Angreifer geschossen hatten und von diesen gefangen wurden, verdankten ihr Leben der persönlichen Dazwischenkunft Garibaldi's.“

Die „Stalle“ berichtet über die in dem Kampfe bei Monte Rotondo gefangen genommenen Soldaten von der Legion von Antibes: „Diesen Morgen (30. Oktober) kamen diese Gefangenen auf der Station der Eisenbahn in Florenz an und wurden nach einem Aufenthalte von einigen Stunden nach Livorno befördert, von wo man sie nach Frankreich einschiffen wird. Es sind zwei Hauptleute, drei Lieutenants, ein Unter-Lieutenant und 230 Soldaten; mehrere tragen die Medaille von 1859, ein Hauptmann das Kreuz der Ehrenlegion. Sie sind in Florenz als Deserteure von der päpstlichen Armee angekommen und werden als solche behandelt. Sie erzählen, daß bei ihrer Gefangennahme Garibaldi ihnen gesagt habe: „Ihr habt Euch tapfer geschlagen, Ihr wäret werth, einer besseren Sache zu dienen.“

Die Bevölkerungen der römischen Orte, wo italienische Truppen erschienen, haben ihre Sympathien unverholen kundgegeben, und in Profluane, also im Süden des Kirchenstaates, begann bereits die Bewegung zu der Volksabstimmung über die künftige Staatsangehörigkeit, genau wie es geschah, als die übrigen Theile vom Kirchenstaate sich bei dem früheren Einrückten Cialdini's loskimmten. Man macht „verbräute Thatsachen“ für die künftigen diplomatischen Auseinandersetzungen. Die „Stalle“ vom 29. Oktober zeigt in ihren Nachrichten an, daß das neue Cabinet nach und nach auch in par-

lamentarischen Kreisen Boden gewinnt. Rattazzi hat am 28. Oktober, Abends 10 Uhr, Florenz verlassen und sich nach Venedig zurückgezogen.

Die Briefe der „Italie“ aus Rom vom 24. und 25. Okt. stellen „Rom in permanentem Insurrectionsstande“ dar; Rom sei „nur noch ein Feldlager, aber ein von allen Seiten zugleich bedrohtes; Handel, Geschäfte, Arbeiten, Alles stockt, das wenige Geld, das noch im Umlaufe war, ist verschwunden, selbst Kupfergeld ist rar, und die Bankbillets will Niemand mehr nehmen, die Lebensmittelpreise sind um ein Drittel gestiegen.

In Civita-Vecchia sind viele Verhaftungen vorgenommen worden, „um Volksunruhen vorzubeugen.“

Großbritannien und Irland.

London, 2. November.

Die Ehre, von allen Blättern zuerst den Einmarsch der französischen Truppen in Rom gemeldet zu haben, gebührt der „Times“. Daß sie selber an der Verlässlichkeit des ihr von Livorno zugesandten Telegramms zweifelte, bewies das Fragezeichen, das sie hinter das Datum setzte, und noch zur Stunde ist das Räthsel nicht aufgeklärt, wie so die große Neuigkeit von Livorno aus früher dem hiesigen Publikum bekannt wurde als dem Pariser und Florentiner auf direktem Wege. Wie dem immer sei, die Nachricht hat sich bestätigt und wir haben nun auch mit dieser vollendeten Thatsache zu rechnen. Naht wie sie vor uns steht, und so lange wir nicht die Gewißheit haben, daß Garibaldi sich ruhig zurückgezogen hat und daß die italienische Armee sich mit der Besetzung bloß eines Theiles des Päpstlichen Gebietes begnügen wird, dürfen wir nicht alle und jede Besorgniß vor weiteren schweren Verwickelungen von uns weisen, zumal die Rüstungen Frankreichs angeblich einen colossalen Maßstab annehmen und wir noch immer nicht mit Bestimmtheit wissen, wie die italienische Aktion von Napoleon aufgefaßt wird. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß, hier zu Lande wenigstens, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung stark im Zunehmen begriffen ist. In diesem Sinne äußern sich auch die meisten unserer Journale.

Mit der Einleitung: „Folgende Depeschen sind uns zur Veröffentlichung übergeben worden“, bringt das Wochenblatt „Echoes from the Clubs“ mehrere Schriftstücke über die römische Frage. Das erste ist eine Depesche Ddo Russell's, des englischen Agenten am Päpstlichen Hofe (wo England bekanntlich keinen offiziell beglaubigten Vertreter hat), datirt aus Rom, 23. Oktober, worin der Genannte eine Unterredung mit dem Papste schildert und erzählt, wie Cardinal Antonelli ihm ein Memorandum vorgelegt habe über eine geheime Zusammenkunft Victor Emanuels mit Pius IX. Dieses Memorandum ist der natürlich englisch geschriebenen Depesche im italienischen Originale beigelegt und enthält unter Anderem die Vorschläge Victor Emanuels zur Lösung der römischen Frage: Rom soll die Hauptstadt Italiens werden, aber nur dem Namen nach, denn in Florenz sollen nach wie vor die

Fortsetzung in der Ersten Beilage.

Wolf's Telegraphische Depeschen.

Rageburg, 3. November, Abends. Die Ritter- und Landschaft ist zum 11. d. M. einberufen worden, um ein neues Münzgesetz zu beraten, welches die Einziehung der bisherigen Scheidemünze und die Einführung der preussischen bezweckt. — Regierungspräsident Graf Kielmannsegge, welcher in der vorigen Woche schwer erkrankte, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Dresden, 4. November, Mittags. Die erste Kammer hat heute ihre Sitzungen begonnen, welche der Präsident mit einer kurzen Ansprache einleitete. Oberbürgermeister Koch aus Leipzig stellte folgende drei Anträge: 1) die gesetzgeberische Thätigkeit der gegenwärtigen Session auf die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, so wie auf die Feststellung der Gesetze, betreffend die provisorische Steuererhebung pro 1868 zu beschränken. 2) Nach Erledigung obiger Gegenstände die Auflösung der Ständeversammlung so wie die Einberufung einer neuen Landesvertretung herbeizuführen. 3) Die Staatsregierung zu ermächtigen, im Verordnungswege diejenigen Bestimmungen zu treffen, welche in Gemäßheit der Bundesgesetzgebung nothwendig geworden sind.

Dresden, 4. November, Nachmittags. Die Abgeordnetenkammer beschloß in heutiger Sitzung den Antrag des

Abg. Niedel auf Zurückweisung der Vorlage, betreffend die Kirchenvorstands- und Synodalordnung abzulehnen und nach dem Antrage der Majorität auf eine Spezialberathung einzugehen. Es wurden sodann die beiden ersten Paragraphen in der von der Majorität der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Stuttgart, 4. November, Nachmittags. Die Kammer der Standesherrn genehmigte in heutiger Sitzung einstimmig die Zollverträge und das Gesetz betreffend die Salzsteuer, und mit 21 gegen 6 Stimmen den Allianzvertrag mit Preußen.

Stuttgart, 4. November, Nachm. Gegen die Annahme des Allianzvertrages mit Preußen, welche in der heutigen Sitzung der Kammer der Standesherrn mit 23 gegen 6 Stimmen erfolgte, stimmten u. A. der Herzog Nikolaus von Württemberg, der Fürst von Hohenlohe-Bartenstein, der Fürst von Hohenlohe-Sagstberg, der Fürst Windischgrätz und der Staatsminister a. D. von Neurath. — Die Fürsten von Hohenlohe-Langeburg und Löwenstein-Wertheim-Freudenberg sprachen den Wunsch aus, daß das Königreich Württemberg in den norddeutschen Bund aufgenommen werden möge.

München, 4. November, Nachmittags. Der Kaiser von Oesterreich trifft nach neueren Dispositionen erst Mittwoch, Nachts 3 Uhr, hier ein, nimmt Logis im „Bayerischen Hofe“ und reist in der Nacht zum Donnerstag nach Wien weiter. — Behufs der Errichtung von 32 Landwehr-Bataillonen werden gegenwärtig die Mannschaftslisten aufgestellt, welche die Wehrpflichtigen aus den Jahren 1836 bis 1839 nebst den Reservisten aus der Jahresklasse 1840 umfassen, welche letztere im nächsten Frühjahr eine sechsjährige Dienstzeit im stehenden Heere beendigt hat.

Wien, 4. November, Nachmittags. Die Wiener „Presse“ will über den Plan der französischen Politik in der römischen Frage Folgendes in Erfahrung gebracht haben:

Die französischen Truppen würden vorläufig in Rom bleiben. Frankreich würde die Besetzung der römischen Provinzen durch die italienischen Truppen dulden und aus der Vornahme einer Volksabstimmung keinen Kriegsfall machen. Durch eine in Rom zu errichtende provisorische Municipalverwaltung solle den Wünschen des Volkes Rechnung getragen werden. Die französische Regierung sei entschlossen, in ihren Zumuthungen an die Päpstliche Regierung sehr weit zu gehen, wolle sich jedoch ihrer Verantwortlichkeit möglichst entledigen. Eine Art Unterausschuß der katholischen Mächte werde das Programm aufsetzen, welches dem allgemeinen Congresse, für dessen Zustandekommen man in Paris eifrig bemüht sei, unterbreitet werden solle.

Die „Presse“ versichert ferner, Kaiser Napoleon habe den Fürstn. v. Beust bewogen, seinen Einfluß geltend zu machen, um die britische Regierung für diese Anschauungen zu gewinnen.

Paris, 2. November, Nachmittags. Der „Abend-Moniteur“ druckt die Bemerkungen der letzten „Provinzial-Correspondenz“ über den Stand der italienischen Angelegenheiten vollständig ab. — Die „Presse“ glaubt in ihrer zweiten Ausgabe melden zu können, der „Moniteur“ werde morgen die Erklärung enthalten, daß die französische Regierung auf die gemeinsame Besetzung des Kirchenstaates nicht eingehe und von Italien andere Erklärungen verlange, als die in der Menabrea'schen Circulardepesche enthaltenen.

Paris, 2. November, Abends. (Verspätet eingetroffen.) „Etendard“ spricht von einem Gerüchte, die italienische Regierung werde die durch ihre Generale auf Päpstlichem Territorium ausgeführten Akte nämlich die Absetzung von Beamten und Provozierungen eines Plebiszits desavouiren, und soll Befehl gegeben haben, daß diese Propaganda mit bewaffneter Hand in ihrem Fortschreiten gehindert werde. — „Etendard“ fügt hinzu: Wir nehmen von diesen Erklärungen Akt, die die Hauptpunkte der sehr schwierigen Lage, welche die öffentliche Meinung so lebhaft beschäftigt, nicht sehr merklich verändern. — „Temps“ versichert, daß die italienische Regierung alles, was in den Folgen des Einrückens der italienischen Truppen in den Kirchenstaat die Tragweite des Circularschreibens des Generals Menabrea überschreite, desavouire. Demgemäß habe sie die Municipalbehörden von Grosinone und Belletri benachrichtigt, daß sie das Plebiszit nicht anerkenne.